



**JETZT
ABER...
GRÜN!**

Hochschulpolitisches Diskussionspapier

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - LANDESVERBAND SACHSEN-ANHALT

5 HOCHSCHULPOLITISCHES DISKUSSIONSPAPIER

Landesvorstand & Arbeitsgemeinschaft Hochschulpolitik

Beschluss vom 12.07.2005

10 Landesdelegiertenrat

Beschluss vom 23.09.2005

INHALTSVERZEICHNIS

	Vorwort	3
	Zukunftsfähigkeit.....	3
15	Politikversagen.....	3
	Bildungsinvestitionen.....	4
	Bildungsexpansion	5
	Studium & Lehre	7
	Auswahl: Übergang Schule - Hochschule	7
20	Studieneingangsphase	10
	Evaluation	10
	Gestufte Abschlüsse: Die Einführung von Bachelor und Master.....	10
	Lehrerbildung	13
	Studienabschluss und Übergang Hochschule-Beruf.....	14
25	Studentenwerke & Soziales	14
	Internationale Studierende	14
	Weiterbildung & Lebenslanges Lernen.....	16
	Studiengebühren?	16
	Studierendenschaften	19
30	Wissenschaft & Forschung.....	20
	Promotionsphase	20
	Forschungsförderung.....	22
	Frauen- & Minderheitenförderung.....	24
	Hochschulsteuerung – die Autonome Hochschule	26
35	Hochschulautonomie.....	26
	Personalstruktur & Wissenschaftstarifvertrag	26
	Finanzierung.....	28
	Ökologische Verantwortung.....	29
	Politische Zielsetzungen.....	30
40	Bundeshoheit oder Föderalismus?	30
	Grundlagen autonomer Hochschulen.....	30
	Demographie & Studierenden-Quote.....	31
	Standortpolitik	32
	Zulassungsrecht	33
45	Datenschutz & Informationstechnologie	33
	Bibliotheken	34

VORWORT

Zukunftsfähigkeit

Bildung ist die soziale Frage der Zukunft. Sie ermöglicht soziale, kulturelle und ökonomische
50 Teilhabe an der Gesellschaft und individuellen Lebenserfolg. Für die Anforderungen, die die
globalisierte Welt an jeden einzelnen Menschen stellt, wird eine möglichst gute Bildung das
einzige Rüstzeug sein, um erfolgreich bestehen zu können - um Chancen zu nutzen,
Entwicklungen zu verstehen und kritisch hinterfragen zu können. Unser Wissenschaftssystem
ist die unerlässliche Voraussetzung dafür – dort wird unser bestehendes Wissen reflektiert, wird
55 neues Wissen erforscht – genau hier wird die „Zukunft erfunden“. Eine Gesellschaft, die sich
dieser Bedeutung von Wissenschaft und Forschung nicht bewusst ist und diese deshalb gering
schätzt, stellt sich letztlich selbst in Frage. Denn über die individuellen Forschungs- und
Bildungsinteressen von Wissenschaftlern und Studierenden hinaus hat das Bildungs- und
Wissenschaftssystem auch eine gesellschaftliche Aufgabe. Der Wohlstand im rohstoffarmen
60 Deutschland wird sich nur dann auf einem sozialverträglichen Niveau halten lassen, wenn es
gelingt, an die Stelle der alten Wirtschaftszweige eine auf Wissen basierende Ökonomie zu
setzen. Nur mit neuen Fragestellungen, Produkten und Verfahren werden wir als Gesellschaft
und Volkswirtschaft unsere Errungenschaften bewahren und ausbauen können. Hinzu tritt für
uns Grüne die zentrale Frage, wie dieser Wohlstand ökologisch und ökonomisch gerecht
65 erzeugt und verteilt werden kann.

In diesem Spannungsfeld zwischen persönlicher Befähigung und Neugier des Einzelnen und
wirtschaftlichen Anforderungen des Ganzen bewegen sich die äußeren Anforderungen an
Wissenschaft. Bildung und Forschung sollen sowohl dem individuellen Selbstzweck, der
Selbstvergewisserung (als Vordenker und Kommentator) und dem Fortschritt der ganzen
70 Gesellschaft als auch deren wirtschaftlichen Erfolg dienen. Diese Zieldefinitionen lassen sich
nicht einfach integrieren, sie stehen in einem Spannungsverhältnis zueinander. Somit ergeben
sich bestenfalls immer nur Annäherungen an einen Zustand des Ausgleichs.

Politikversagen

Das deutsche Bildungssystem leidet schon jetzt massiv an einem der schwersten Fälle von
75 Politikversagen in Deutschland (neben dem Unvermögen, die Finanzierung der
Gesundheitsversorgungs- und Rentensysteme auf den demographischen Wandel
vorzubereiten). Hier wurde über Jahrzehnte hinweg zu wenig investiert, wurden notwendige

strukturelle Veränderungen nicht angegangen. Deutschlandweit werden Summen von 3 und 4 (Behebung der akuten Unterfinanzierung) bis hin zu 10 Milliarden (Erreichung OECD-Durchschnitt) genannt¹. Über mehrere Jahrzehnte hinweg hat es Deutschland nicht geschafft, den Bedarf an Studienplätzen zu bedienen. Jedes Jahr gibt es wesentlich mehr Studieninteressenten als Studienplätze. Inzwischen haben fast alle Studiengänge Zulassungsbeschränkungen. Ob dies aus Unvermögen oder Absicht erfolgte, darüber mag jeder selbst nachdenken. Ebenso wurde versäumt, ausreichend Nachwuchsstellen oder gute Forschungsbedingungen zu schaffen. Mit dem Ergebnis, dass gerade die besten Wissenschaftler oft Deutschland verlassen, weil ihnen anderswo bessere Forschungsbedingungen geboten werden. Dieser Verlust wird jedoch von der Landesregierung kaum zur Kenntnis genommen. Viel mehr noch – obwohl die Folgen sich jetzt verschärft bemerkbar machen: Die Hochschulen im Land sind überlastet oder haben nicht die nötigen Forschungsressourcen, dennoch sollen sie nach dem Willen der jetzigen Landesregierung weiter abgebaut werden. Das ist im Übrigen die gleiche Landesregierung, die sich so sehr wundert, warum so viele junge, zumeist gut gebildete, Menschen Sachsen-Anhalt verlassen.

Doch so schwer man sich dies im Deutschland des Jahres 2005 auch vorstellen mag, die einzige Antwort darauf kann nur ein Umdenken in der jetzigen Politik sein. Mehr Geld für Wissenschaft und Bildung! Und eine Hochschulreform, die den Namen auch verdient hat.

Bildungsinvestitionen

Diese Sichtweise über die Bedeutung von Bildung und Wissenschaft ist jedoch noch weit davon entfernt, gesamtgesellschaftlich geteilter und akzeptierter „Mainstream“ zu sein. Noch sind Politik und Teile der Gesellschaft alten Paradigmen verpflichtet, die physische statt intellektueller Infrastruktur als Grundpfeiler für die Zukunftsfähigkeit des Landes begreifen und denen die emanzipativen Wirkungen von Bildung bestenfalls egal sind.

Daher bleibt noch viel zu tun, um eine mächtige Lobby für Bildung aufbauen zu können. Solange noch ein struktureller Abbau der Bildungsausgaben stattfindet, solange noch Straßenbauprojekte oder Prestigebauten (als Beispiele) bei Entscheidungen über die Verwendung der wenigen politisch disponiblen Mittel den Vorzug erhalten, ist dieses Ziel nicht erreicht. Denn wir halten es für absolut unerlässlich den politischen Investitionsbegriff umzuwidmen: Bildung statt Beton!

¹ HoF Wittenberg, Arbeitsbericht 5, 2005, S. 59

Wir wenden uns gegen dieses alte Denken – die Simulation von politischer Handlungsfähigkeit durch Bauwerke. Dies ist letztlich das genaue Gegenteil von verantwortlicher Politik. Doch
110 leider hat eine zukunftsgerichtete Politik wie der Streit für mehr Bildung den Nachteil, dass dessen Wirkungen erst (bestenfalls) ein oder zwei Dekaden später wirksam werden. Neue Gebäude hingegen lassen sich innerhalb einer Legislaturperiode errichten. Damit wird deutlich, welch weiter Weg noch vor uns liegt.

Dennoch kann die Lösung nur in einem Bewusstseinswandel bei den politisch Verantwortlichen
115 liegen: Bildungsausgaben sind die einzigen Zukunftsausgaben, daher muss dort endlich so schnell wie möglich ein massiver Mittelaufwuchs realisiert werden.

Bildungsexpansion

Wir wollen eine Ausweitung der Bildungsangebote und -qualität auf allen Ebenen. Wir wollen dies, weil Bildung das Mittel der sozialen Teilhabe geworden ist, weil sich darüber der
120 Chancengleichheit annähern lässt. Dazu ist allerdings nicht weniger notwendig, als ein politisches Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Investitionen in Bildung wichtiger sind als die politischen Schwerpunkte der Vergangenheit. Dies ist kein geringer Anspruch und er wird Zeit brauchen. Dennoch können wir uns keinen anderen Weg vorstellen, um wirklich substantielle Verbesserungen im Bildungssystem zu realisieren. Bis dahin gibt es Zwischenschritte, die sich
125 dem Ziel annähern – ausreichen wird dies mangels Masse nicht.

Selbst wenn es schließlich gelingen sollte, mehr Geld für den Bildungssektor verfügbar zu machen, gebietet es die sachliche Logik und die Gerechtigkeit, dieses Mehr auf alle
Bildungsbereiche zu verteilen. Das deutsche Bildungssystem insgesamt – von den Kindergärten über die Schulen hin zur Berufsausbildung – ist chronisch unterfinanziert. Es ist unsere Lesart
130 der durch die PISA-Studien erneut nachgewiesenen massiven Bildungsungerechtigkeit des deutschen Bildungssektors, dass dessen soziale Selektivität zuallererst durch substantielle Verbesserungen im Vorschul- und Schulbereich korrigiert werden muss. Somit wird „Mehr Geld für Bildung“ insgesamt nur „Etwas mehr Geld für die Hochschulen“ bedeuteten.

Bringt man dies dann noch mit dem Problem der insgesamt nicht ausreichenden Zahl an
135 Studienplätzen zusammen, so wird deutlich, dass es selbst bei substantiellen finanziellen Verbesserungen auch weiterhin nicht einfach werden wird. Das gilt zumindest solange, wie man den Anspruch einer möglichst hohen Ausschöpfung der gesellschaftlichen Bildungsreserven aufrechterhalten will. Inwiefern hier der demographische Wandel perspektivisch Erleichterungen bringen kann, bleibt umstritten.

140 Wir können hier keine durchgerechneten Kalkulationen vorlegen, aber wir gehen davon aus,
dass substantielle qualitative Verbesserungen dauern werden. Denn für uns hat zunächst die
Ausweitung der Zahl der Studienplätze und eine qualitative Studien- und Hochschulreform
Priorität. Dies ist keine zufriedenstellende Entscheidung. Es ist ein ebenso drängendes
145 Problem, mehr Geld für die Forschung zur Verfügung zu stellen. Wir können es aber sowohl
aufgrund unserer politischen Auffassungen als auch aufgrund unserer Ansichten über die
wirtschaftliche Zukunft unseres Landes nicht zulassen, dass so vielen jungen Menschen keine
adäquate Chance auf Bildung gegeben wird – daher diese Prioritätensetzung, deren
Problematik uns sehr wohl bewusst ist. Als Ziel haben wir nicht weniger als die
150 Jahrgangsquoten an Hochschulabsolventen skandinavischer Länder vor Augen – also deutlich
mehr als 50 Prozent.

STUDIUM & LEHRE

Auswahl: Übergang Schule - Hochschule

In letzter Zeit ist die Forderung populär geworden (und hat Eingang in die Gesetzgebung gefunden), dass sich die Hochschulen ihre Studierende zu einem größeren Teil als bisher selbst aussuchen dürfen. Auch wir sind für eine qualifizierte Auswahl der Hochschulen – durch die angehenden Studierenden! Wir benötigen keine Selektion, sondern eine intensive Beratung vor Studienbeginn.

Diese drängende Situation ist zu einem großen Teil der Not geschuldet, dass der unterfinanzierte Hochschulsektor keine bedarfsdeckende Anzahl von Studienplätzen zur Verfügung stellen kann. Wir stehen jedoch nicht hinter auswahlbefürwortenden Standpunkten, wonach ein Teil der Studierenden nicht studierfähig sei. Wenn unsere skandinavischen Nachbarn einen deutlich höheren Anteil Altersjahrgangs erfolgreich an ihre Hochschulen bringen, sollte ähnliches auch problemlos in Deutschland möglich sein. Zudem sind offensichtlich einige Hochschullehrer ebenfalls der Meinung, nicht „die richtigen“ Studierenden zu bekommen. Wir wollen bestimmt nicht die dringend verbesserungswürdige Qualität des deutschen Schulsystems bezweifeln – aber wir halten „Eignung“ letztlich in großem Umfang für ein politisch-ideologisches Konstrukt. Eine Lösung aber kann und darf nicht die verschärfte Selektion sein. Vielmehr muss versucht werden mittel- bis langfristig ein ausreichendes Angebot an Studienplätzen anbieten zu können – mit einem Überhang, damit Studieninteressenten wirklich Auswahlmöglichkeiten haben.

Wir leiten aus dem Grundrecht auf Bildung einen grundsätzlichen Rechtsanspruch auf die freie Wahl des Studienplatzes ab. Lösungsansatz für diese Problematik ist für uns eine intensive und hochwertige Beratung darüber sein, was Studieninteressenten an den Hochschulen erwartet (z.B. in Hinblick auf die unterschiedlichen Lernstrukturen zwischen Schule und Hochschule) und welcher Studiengang sowie welche Hochschule den Interessen und Neigungen Rechnung tragen können.

Viele Studienanfänger suchen sich bisher ihre Hochschulen vielfach nach so genannten „studienfernen“ Kriterien (Finanzen, Nähe zum Elternhaus, Freunde...) aus. Dies mag im einzelnen rational oder notwendig sein, dennoch könnte es für den Studien- und Lebenserfolg des einzelnen Schülers günstiger sein, besser über seine/ihre Möglichkeiten informiert zu sein,

als dies heute der Fall ist. Dabei müssen ihnen vor allem ihre Schulen und die Hochschulen helfen.

Die angehenden Studierenden sind oft nur sehr unzureichend über ihre Möglichkeiten bei der Studienwahl und die Berufsperspektiven bestimmter Fachrichtungen oder Studiengänge informiert. Eine zentrale Herausforderung wird also sein, dies zu verbessern:

- Die Auswahlvorbereitung und -beratung muss einen wichtigen Stellenwert in der gymnasialen Oberstufe bekommen. Dazu müssen Hochschulen und Gymnasien enger zusammenarbeiten. Letztlich sind auch die Eltern gefordert – indem sie mindestens darauf drängen, dass die Schulen ihrer Beratungsverantwortung nachkommen. Die Beratung muss eigentlich sogar schon vor der Abiturphase beginnen, damit keine „falschen“ Fächer abgewählt werden. Wie viel hier noch im Argen liegt, wird vielleicht schon daran deutlich, dass noch immer viele Schüler nicht einmal für Hochschulinformationstage freigestellt werden.
- Die Hochschulen müssen es als zentralen Aspekt ihrer Arbeit begreifen lernen (und umsetzen), dass die frühzeitige und umfassende Information ein Schlüssel zu erfolgreicherem Studierenden ist. Instrumente dafür können Hochschulinformationstage, Jugenduniversitäten, Schnupperstudien (verbunden mit der Möglichkeit des Scheinerwerbs), Sonderkurse und Sommerschulen, Tutorenprogramme, Werbeveranstaltungen direkt an den Schulen und vor allem der dringende Ausbau der allgemeinen Studienberatungen sein. Vor allem letzteren muss die Aufgabe zukommen, massiv für ein Studium an der jeweiligen Universität zu werben: Sie müssen quasi Talentscouts zum Informieren und Finden von Studierenden sein. Auf diese Weise lässt sich unserer Auffassung nach auch ohne Diskriminierung der Anteil hoch motivierter und leistungsfähiger Studierender steigern.
- Besonderes Augenmerk wird der zyklisch schwankenden Nachfrage nach bestimmten Studiengängen zu widmen sein. Diesbezüglich sollten die Hochschulen in Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium Studierendenbedarfe langfristig analysieren und gegebenenfalls mit besonderen Maßnahmen für bestimmte Fächer werben können. Warum nicht – entsprechende Hochschuletats vorausgesetzt – mit besonderen Stipendien oder besonders guten Studienbedingungen als Anreiz?
- Verbesserung der Studieneingangsphase: Die Hochschulen müssen sich auf heterogen qualifizierte Studienanfänger einstellen. Es nützt niemandem, dieses Problem weiter von sich zu schieben und an die Schulen zu verweisen (welche verantwortlich wären.) Es hilft

215 noch weniger, dieses Problem auf dem Rücken der Studienanfänger auszutragen. Es sind
entsprechende Angebote zu machen, um die Anfänger im oder vor dem ersten Studienjahr
auf ein vergleichbares Niveau zu bringen. Es ist nicht akzeptabel, Studierende auf der
Strecke zu lassen. Zumal mit dem System der gestuften Abschlüsse mit seinen höheren
Leistungsanforderungen (bezogen auf die zur Verfügung stehende Zeit) weniger Zeit zur
220 Verfügung steht, solche Unterschiede auszugleichen – hier sehen wir die Hochschulen
gegenüber den Studierenden in der Pflicht.

Ein weiteres Ziel muss ein, ein nachfragegerechtes Studienplatzangebot sicherstellen zu
können. Ein steigendes Studieninteresse für ein bestimmtes Fach darf nicht länger zu
steigenden Zulassungsbeschränkungen führen, sondern muss endlich zu mehr Studienplätzen
führen – z.B. durch Lehraufträge oder temporär zusätzliches Personal.

225 Bis genügend Studienplätze zur Verfügung stehen, wird jedoch leider nichts anderes übrig
bleiben, als den Mangel weiter zu verwalten, besonders befähigte Studieninteressenten
auszuwählen und andere schlichtweg abzuweisen. Dafür legen wir ein hohes Gewicht auf die
Abiturnote (mangels anderer ähnlich objektivierbarer Maßzahlen) und gegebenenfalls weitere
schriftliche Tests. Die Kosten für derartige Auswahlverfahren dürfen nicht den Bewerbern
230 aufgelastet werden. Zudem sind diese Verfahren fortlaufend kritisch hinsichtlich ihrer Effekte zu
evaluieren.

Zum diesem Gesamtkomplex gehört für uns übrigens auch die fortlaufende Verantwortlichkeit
der Hochschulen für so zentrale Angebote wie Sprachkurse oder den Hochschulsport.

235 Letztlich geht es uns für den Bereich der Lehre insgesamt um nicht weniger, als einen
umfassenden Wandel im Verständnis der deutschen Hochschulen über ihre Verantwortung für
Studierende und solche, die es werden wollen – im Sinne von Hilfestellungen für jene, die dies
in der Startphase ihres Studiums noch benötigen, denn es dürfte noch einige Jahre dauern, bis
die begrüßenswerte Einführung von Bildungsstandards an den Schulen greifen wird. Ziel ist der
eigenständig wissenschaftlich denkende Absolvent– doch erreicht wird dieses Ziel über einen
240 Bildungsprozess während des Studiums, es ist nicht schon am ersten Tag an der Hochschule
gegeben.

Darüber hinaus möchten wir die Hochschulen für Bewerber mit anderen fachlichen
Qualifikationen oder Bildungsbiographien öffnen. Das Abitur mag ein Königsweg zum Studium
sein, der einzige denkbare ist es nicht.

245 **Studieneingangsphase**

Wie im vorherigen Unterkapitel schon angedeutet, bedarf unserer Ansicht nach die Studieneingangsphase einer intensiveren Beachtung. In dieser Zeit müssen die wissenschaftlichen Grundlagen für das erfolgreiche Bestehen des Studiums vermittelt werden. Unserer Auffassung nach ist jedoch die Qualität dieser Phase von Fach zu Fach sehr unterschiedlich. Die wissenschaftliche Propädeutik muss definitiv gestärkt werden. Besonders
250 geeignet wäre dazu ein studium generale zu Beginn.

Wir fordern eine Ausweitung der Betreuungsangebote der Hochschulen zu allen Aspekten des Studienbeginns. Wer Studierende an sich binden will, um sie später als Alumni zum Spenden zu bewegen, muss schlichtweg guten Service bieten, um so für eine besondere Identifizierung der Studierenden mit ihrer Hochschule zu sorgen.
255

Beratung zum Studienfortschritt: Wir gehen davon aus, dass die gestuften Abschlüsse auch einen steigenden Bedarf an Beratungen und Information zum individuellen Leistungsstand der Studierenden notwendig machen.

Nicht zuletzt deshalb werden auch die pädagogischen Kompetenzen der Hochschullehrkräfte verbessert werden müssen. Weiterbildungen sind da unabdingbar. Wir halten den Nachweis pädagogischen Wissens für einen wichtigen Baustein akademischer Lehrbefugnis, dem nach und nach immer mehr Gewicht beigemessen werden sollte. Dies wird auch durch die Qualitätssicherungsforderungen des Bologna-Prozesses zunehmend ein Prüfkriterium werden. Deshalb muss die Hochschuldidaktik gestärkt werden.
260

265 **Evaluation**

Eine, wie wir finden, interessante Idee wäre, die Verantwortung für die Durchführung der regelmäßigen Evaluation in die Hände der Studierendenschaften zu legen. Somit wären die Studierenden für diesen zentralen Teil der sie selbst betreffenden Qualitätssicherung verantwortlich und könnten gestärkt ihren Einfluss bei der Qualitätsverbesserung der Lehre geltend machen.
270

Gestufte Abschlüsse: Die Einführung von Bachelor und Master

Die Einführung der gestuften Abschlüsse bietet die einmalige Chancen, die Studien- und Lehrinhalte sowie -formen in Deutschland grundlegend zu überdenken und neu zu konzipieren.

275 Dies ist dringend geboten. Der Status Quo in der Lehre ist nicht erhaltenswert. Eine solche
Neukonzeption – und da reibt sich dann die Utopie schon gewaltig mit der Realität – macht eine
bessere Betreuung, ergo mehr Personal, notwendig. Dies kann aber dennoch die Chance bieten,
endlich ganz konkret zu definieren und auch zu überprüfen, welche Kompetenzen und
Grundlagen in einem Studium vermittelt werden sollten, statt nur den Fachkanon zu
280 reproduzieren. Zu dieser Outputorientierung kommt die Perspektive einer deutlich verbesserten
Mobilität von Studierenden und Wissenschaftlern.

Dem stehen Gefahren gegenüber. Zuallererst die Versuchung, alte Lehrinhalte möglichst
unbearbeitet nur in neue Strukturen zu überführen, ohne den anstrengenden Prozess der
Neubewertung und Neukonzeption. Dann die Gefahr, vor allem von Seiten der Politik, die
Umstellung als Möglichkeit zur weiteren Mittelkürzung durch die Senkung des Qualitätsniveaus
285 zu nutzen. Ordentliche gestufte Studiengänge, die die Bildungsbedürfnisse der Studierenden
ernst nehmen, werden teurer als bisherige Studiengänge, nicht billiger. Sie bedürfen – dies
kann man nur immer wieder wiederholen – einer deutlich intensiveren Betreuung, also
realistischerweise mehr Lehrpersonal. Zudem droht damit im Zusammenhang die Gefahr, durch
die Hintertür der Auswahl und der Zugangsbeschränkungen für den Master, die alte
290 Statusorientierung der Ordinarienuniversität wieder einzuführen und damit Bildungschancen zu
blockieren.

Probleme bei der Einführung zeichnen sich darin ab, dass sich eine gewisse Tendenz zu
stärkerer Strukturierung oder Verschulung abzeichnet, die mit einem Verlust an
studienorganisatorischer Flexibilität für die Studierenden einhergeht. Zudem kann aus der
295 Möglichkeit der studienbegleitenden Leistungsnachweise auch eine Zunahme der einengenden
und für alle Hochschulmitglieder belastenden Bürokratie einhergehen. Diese Problemaspekte
bedürfen besonderer Aufmerksamkeit, um ihr negatives Potential möglichst gering halten zu
können.

Dennoch überwiegen aus unserer Sicht die Vorteile der neuen Studiengänge: bessere
300 Strukturierung, ordentliche Konzeption der zu vermittelnden Inhalte oder Schwerpunktsetzung
auf wissenschaftliche Grundlagen und Schlüsselqualifikationen. Grundforderung für diese
Neukonzeption muss der von den Studierenden her gedachte Berufsbezug sein. Darüber
hinaus sollte die Gelegenheit zur völligen Neubewertung und -konzeption der Fachinhalte
genutzt werden.

305 Vor allem aber bieten diese neuen Studienabschlüsse endlich eine realistischere Orientierung
an den möglichen Arbeitsfeldern bzw. Berufsinteressen von Studierenden. Sie ermöglichen

ihnen eine höhere Flexibilität. Es wird davon auszugehen sein, dass ein größerer Teil von Studierenden bereits nach dem Bachelor-Abschluss versuchen wird, den Berufseinstieg zu bewältigen und eigenes Geld zu verdienen. Die neue Studienstruktur macht es somit möglich, „lebenslanges Lernen“ ernst zu nehmen, zunächst Berufs- oder Auslandserfahrung zu sammeln und dann einige Jahre später den Master draufzusetzen. Allein schon aus diesem Grund halten wir festgeschriebene Übergangsquoten vom Bachelor- zum Masterstudium für unsinnig. Zudem widersprechen sie unserem Bildungsverständnis und -anspruch: Jeder Studierende, der die fachlichen Voraussetzungen erfüllt, muss nach dem Bachelor auch ein Masterstudium aufnehmen können.

Die neue Flexibilität der gestuften Abschlüsse aufgrund der Modularisierung macht endlich auch zeitgemäße, flexible Studienformen möglich. Die Möglichkeit auf ein Teilzeitstudium sollte ein rechtsverbindlicher Anspruch werden. Darüber hinaus sind Angebote wie e-Learning oder Fernstudien zu prüfen und als sinnvolle Ergänzungen anzubieten.

Ein weiterer Aspekt der Einführung der gestuften Studiengänge sei hier noch einmal eindeutig hervorgehoben: Deren stärkere Strukturierung und Verbindlichkeit für die Studierenden wird das Ende der jetzigen zeitlichen Flexibilität des Studiums bringen. Diese freie Zeit jedoch wird heute von vielen Studierenden genutzt – sie muss genutzt werden – um Geld für ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Dieser Freiraum wird mit der verbindlichen Einführung der gestuften Studiengänge unserer Einschätzung nach nicht mehr zur Verfügung stehen. Deswegen sehen wir auch aus diesem Grund heraus die Politik in der dringenden Verantwortung eine Lösung für die Lebensunterhaltsfinanzierung der Studierenden zu finden. Intensiver studiert werden kann nur mit gesichertem Lebensunterhalt.

Akkreditierung

Die Frage nach der Akkreditierung scheint uns momentan vor allem ein Problem der Finanzierungsfrage durch die unterversorgten Hochschulen zu sein, da diese Agenturen vor allem die Einhaltung bestimmter formaler Kriterien prüfen. Dennoch könnte in der Zukunft deren zentrale Gatekeeper-Funktion noch deutlich wichtiger werden. Diese Agenturen können vermutlich besser für eine Vergleichbarkeit von Studienabschlüssen sorgen – und das Durchmogeln nur halbherzig umgestellter Studiengänge deutlich erschweren. Insofern sehen wir darin das modernere Instrument als die bisherigen Prüfungen der Kultusministerien.

Internationalisierungsversprechen des Bologna-Prozesses

340 Dies ist zunächst einmal über die Vergleichbarkeit der Abschlüsse mittels ECTS und diploma supplement hinaus (welche die Anerkennung von Studienleistungen mindestens mittelfristig wirklich wesentlich erleichtern sollten), eine positive Idee, verspricht es doch für Studierende nicht weniger als die Möglichkeit zahlenmäßig deutlich intensiverer Auslandsstudien. Bleibt an dieser Stelle zu fragen, wie für möglichst viele – wenn nicht gar alle – Studierende ein solches Auslandsstudium finanziert werden soll. Diese zentrale Frage muss eine studierendengerechte Lösung erfahren.

345 Es ist im Übrigen ein Paradoxon der aktuellen Hochschulpolitik, eine größere Internationalisierung des Studiums zu fordern, aber die grundlegenden Voraussetzungen dafür, nämlich Studierenden das Erlernen von Fremdsprachen zu ermöglichen, kaum zu finanzieren.

Lehrerbildung

350 Dieser Bereich ist bundesweit dringend reformbedürftig. Was anderen Bundesländern besonders fehlt – möglichst früher Kontakt der angehenden Lehrer mit den echten Bedingungen an den Schulen – ist glücklicherweise in Sachsen-Anhalt schon längst Realität. Herausforderungen werden vor allem Ausbildungskapazitätsprobleme und die Umstellung der Lehrerbildung auf das System der gestuften Abschlüsse und die Kapazitätsfrage in diesem Land darstellen.

355 Momentan scheint für diese Studiengangsumstellung der kultusministerielle Konsens wohl vor allem in Richtung eines durchgehenden, konsekutiven Studiums zu gehen, also einer Fortschreibung der bisherigen Lehrerbildungstradition. Wir wären auch für Systeme mit einem „normalen“, also fachspezifischen, Bachelor und einem später hinzugefügten „Master of Education“ offen.

360 Wichtige Forderungen in diesem Zusammenhang sind für uns einerseits jene nach einer gemeinsamen Orientierungsphase zum Studieneinstieg für alle Schultypen und andererseits jene nach der gemeinsamen Ausbildung von Kindergartenpädagoginnen und Grundschullehrerinnen. Diese schulformübergreifende Ausbildung sollte möglichst lange während des Lehrerstudiums durchgehalten werden².

² Wir verweisen hierfür auch auf die 4. Empfehlung der Bildungskommission der Heinrich-Böll-Stiftung: „Professionalität und Ethos. Plädoyer für eine grundlegende Reform des Lehrberufs.“

365 **Studienabschluss und Übergang Hochschule-Beruf**

Wie die Intensivierung der Studieneingangsbetreuung halten wir auch die Betreuung nach dem Studienabschluss für eine wichtige Aufgabe und Kompetenz der Hochschulen. Es gibt bereits einige Hochschulen, die „career center“ erproben oder eng mit den örtlichen Arbeitsagenturen zusammenarbeiten, um ihre Absolventen erfolgreich zu vermitteln.

370 **Studentenwerke & Soziales**

Die Studentenwerke bilden auch weiterhin eine unerlässliche soziale Komponente der Hochschule für Studierende. Seien es die Mensen, die Wohnheime, die sozialen und psychologischen Beratungsleistungen, Kinderbetreuung, BAföG-Verwaltung oder auch die Kulturförderung.

375 Und obwohl die Studentenwerke von interessierter Seite immer stärker in die Kritik kommen, weil sie nicht rein nach wirtschaftlichen Kriterien arbeiten (bzw. möglicherweise lukrative Teilmärkte an den Hochschulen besetzen), sondern ein sozialer Ausgleich zu ihrem Aufgabenbereich gehört, halten wir sie für zukunftsfähig. Wichtig ist für uns vor allem eine enge Mitsprache von Studierenden bei strategischen Entscheidungen. Eine sehr weitgehende
380 Variante dazu wäre, die Verantwortung für die Studentenwerke wieder in die Studierendenschaften zu übergeben.

Spannend bleibt eventuell auch die Frage der zunehmenden Konkurrenz zwischen Hochschulen und den Studentenwerken: Wenn die Hochschulen im Zuge des aktuellen Trends stärker um ihre außercurricularen Angebote achten– was sie werden tun müssen, um genügend
385 Studierende zu gewinnen – werden sie damit möglicherweise in direkte Konkurrenz zu den Studentenwerken geraten. Ausgleichen wird man dies wohl nur durch eine äußerst enge Zusammenarbeit können.

Internationale Studierende

Es gehört zur guten akademischen Tradition, weltoffen zu sein. Deswegen kann das Ziel, immer
390 einen hohen Anteil internationaler Studierender an den Hochschulen des Landes studieren zu lassen, hier nur bekräftigt werden. Die Quote der internationalen Studierenden an Hochschulen im Bundesdurchschnitt liegt bei 12 %. An der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sind es gerade 8 % und an der Otto von Guericke Universität Magdeburg 10 %, und damit unter Bundesdurchschnitt. Die Erhöhung dieses Anteils ist unser erklärtes Ziel.

395 Die Realität sieht allerdings in diesem Bundesland anders aus. Wenn internationale Studierende in unser Bundesland kommen, sind sie am Anfang mit vielen Problemen konfrontiert. Sie beherrschen die Sprache noch nicht so gut, kennen sich mit der Umgebung nicht aus, haben Probleme bei der Wohnungssuche, etc. An eine besondere Wertschätzung zu glauben, fällt angesichts der eingeschränkten Möglichkeiten und Lebensbedingungen
400 internationaler Studierender manchmal schwer. Der unwürdige Versuch der Landesregierung, das Studienkolleg Halle nach Köthen zu verlegen ist Beispiel genug, wie viel noch zu tun ist. Es bedarf mindestens einer deutlichen Aufwertung des Studienkollegs, um das Erlernen der deutschen Sprache zu erleichtern. Weiterhin brauchen die Hochschulen jeweils eine personell gut ausgestattete zentrale Beratungs- und Betreuungsstelle (Servicebüro), die bei den
405 alltäglichen Problemen in Deutschland helfend zur Seite stehen können – im Sinne eines umfassenden Servicepaktes für internationale Studierende. Unnötige Bürokratie ist dabei abzubauen bzw. durch das Servicebüro möglichst zu übernehmen. Denn sie sind zum Studium hier und nicht um an deutschen Beamten zu scheitern. Darüber hinaus ist es dringend geboten, die Unterkunftsmöglichkeiten, vor allem in Wohnheimen, deutlich zu verbessern. Und hier
410 vielleicht, politisch gewollt, zum Mietpreis etwas zuzuschießen, um Konzentration und Abgeschlossenheit zu verhindern. Realität ist nun einmal, dass nicht die wohlhabendsten Studieninteressenten aus anderen Staaten zu uns kommen. Dennoch denken wir, dass es mehr als nur grüner Romantizismus ist, sie willkommen zu heißen und zuvorkommend zu behandeln. Wer weiß, wie gewinnbringend – in vielerlei Hinsicht – sie für uns sein können?

415 An dieser Stelle macht sich erneut eine Diskrepanz auf: Es wird verstärkt darüber diskutiert (z.B. innerhalb der Studiengebührendebatte), mit besonderen Studienangeboten für ausländische Studierende Geld für die Hochschulen zu verdienen. Wenn man bedenkt, welche Erfolge damit Staaten wie die USA, Kanada, Großbritannien, Neuseeland oder Australien haben, klingt dies verlockend. Bleibt nur zu fragen, ob nicht Deutschland vielleicht doch an seiner besonderen Art der Entwicklungshilfe – via kostenfreien Studienplätzen – festhalten und dies als einen Standortvorteil der anderen Art (im Vergleich zu den genannten englischsprachigen Ländern) nutzen soll? Das bringt erst mal nicht mehr Geld in die Kasse, kostet sogar mehr, wenn man es richtig macht. Es könnte aber angesichts einer globalisierten Welt dennoch nicht die schlechteste Entscheidung sein.

425 Gerade aus dem Grund der Auswanderung junger Menschen aus Sachsen-Anhalt ist es notwendig, das Land für die qualifizierten Menschen aus dem Ausland attraktiv und reizvoll zu

machen. Das ist nicht nur ein positiver wirtschaftlicher, sondern auch ein entscheidender kultureller Aspekt für das Land.

Weiterbildung & Lebenslanges Lernen

430 Dieser heute noch völlig unterrepräsentierte Bereich von Hochschule wird nach einhelliger Meinung in Zukunft einen wesentlichen Bedeutungszuwachs erhalten. Sowohl aufgrund der Tatsache, dass sich das bisherige Wissensbevorratungskonzept (eine Ausbildung, mit der man sein ganzes Berufsleben bestreiten könnte) wohl endgültig überlebt hat, als auch aufgrund der „Entdeckung“ des lukrativen Weiterbildungsmarktes als Einnahmequelle für die Hochschulen.

435 So legitim das Interesse an zusätzlichen Einnahmen ist, die Frage nach der Finanzierung des lebenslangen Lernens (z.B. von arbeitslosen Akademikern, die sich weiterqualifizieren wollen) ist eine wichtige soziale Zukunftsfrage. Hinzu kommt die Gefahr – zumindest mit der jetzigen Regelung, wonach Weiterbildungsangebote von Hochschulpersonal nur neben der regulären Arbeit angeboten werden dürfen – dass sich dieser Prozess verselbständigt und dem regulären
440 Universitätsbetrieb schadet.

Auf jeden Fall kann man in der Weiterbildung auch eine Möglichkeit sehen, den Bestand der Hochschulen zu erhalten, wenn aufgrund der Geburtendynamik weniger junge Menschen an den Hochschulen studieren.

Studiengebühren?

445 Das Thema schlechthin, so scheint es. Der „Markt“ an Vorstellungen und Positionen ist schier unübersehbar³ und bestens zur Polarisierung geeignet. Einfach ist diese Debatte nicht, geschweige denn ist irgendetwas unausweichlich.

Die Ausgangslage für diese Forderung ist klar: Die Hochschulen in Deutschland sind chronisch und akut unterfinanziert. Vor diesem Hintergrund scheint es eine verlockende Idee, einfach zu
450 fordern, auch Studierende an den Kosten zu beteiligen. Sie hätten ja angeblich sonst keine Belastungen durch das Studium. Dabei sind die Verhältnisse durch die Sozialerhebungen der Studentenwerke doch bekannt: Ein großer Teil der Studierenden muss neben dem Studium für den Lebensunterhalt arbeiten und Kinder aus bildungsfernen Schichten sind deutlich unterrepräsentiert. Aller neoliberaler Täuschungsrhetorik zum Trotz glauben wir nicht, dass sich

³ das HoF Wittenberg bietet übrigens eine aktuelle Übersicht als Arbeitsbericht 5/2005 an

455 dies mit Studiengebühren ändern würde. Im Gegenteil: Es ist mit einer Verschärfung dieser sozialen Ungleichheit zu rechnen.

Nimmt man die Forderung nach „sozialverträglichen“ Studiengebühren ernst, muss ein erheblicher Verwaltungsaufwand betrieben werden. Außerdem kommen bei den momentan als „Tarif“ genannten 500 Euro pro Semester am Ende vielleicht 10 Prozent mehr Mittel an den Hochschulen an⁴. Sicher – besser als nichts könnte man meinen. Aber ist das unsichere Versprechen dieser Einnahmen (schließlich ist deren Verbleib an den Hochschulen nicht sicher) auch den Aufwand und die sozialen Folgen wert? Wir meinen: Nein. Es widerspricht evident unserer politischen Forderung, nach individueller Bildungsgerechtigkeit. Zudem kann es angesichts der wirtschaftlichen Notwendigkeiten dieses Landes keine Lösung sein, einen signifikanten Anteil junger Menschen mit der Aussicht eines erdrückenden Schuldenberges vom Studium abzuhalten. Und sie machen auch aufgrund der von der Gesellschaft an eben diese jungen Menschen gerichteten Zukunftserwartungen (Kinder, private Altersvorsorge, Konsum für die Binnenkonjunktur etc.) keinen Sinn. Zumal Hochschulabsolventen, wenn sie denn besser verdienen, bereits einen ganz ordentlichen Anteil der deutschen Steuerlast tragen. Zudem – und das ist noch einmal zu betonen – bedeutet die Einführung von Studiengebühren nichts anderes, als den skandalösen Versuch CDU-geführter Länder, Politikversagen der Vergangenheit zu Lasten der Zukunftsperspektiven der jungen Generation zu kompensieren.

Ebensolcher Unsinn sind Langzeitstudiengebühren, allein schon deshalb, weil die betroffenen Studierenden in der Regel gute Gründe und in den allermeisten Fällen absichtlich auf Teilzeit studiert haben. Damit kosten sie kaum mehr als „rechtzeitig“ absolvierte Studierende. Hinzu kommen zwei absurde ökonomische Faktoren: Bricht der Student ab, waren erhebliche Investitionen umsonst. Und warum sollten die Hochschulen ein Interesse an schnellen Studierenden haben, wenn doch Langzeitstudierende Geld in die Kassen bringen können? Daran sollte deutlich werden, dass es sich dabei um nichts anderes als politisch-ideologische Strafgebühren und Disziplinierungsversuche bzw. Einstiegsdrogen für allgemeine Studiengebühren handelt.

Was also ist unsere Antwort? Trotz allem: keine Studiengebühren. Auf der anderen Seite ist die Forderung nach kostenlosem und unbegrenztem Studium aus Eingangs geschilderten Gründen auch nur bedingt realistisch. Ein Mittelweg könnten Studiengutscheine sein. Sie helfen, Studiengebühren zu verhindern und ermöglichen es zudem, einen Teil der

⁴ Für die zugrunde liegende Beispielrechnung, siehe ebenfalls das bereits erwähnte HoF-Papier; S. 58f.

Hochschulfinanzierung an die Studierendennachfrage zu binden, so dass es sich für Hochschulen wieder lohnt, sich um Studierende zu bemühen. Darin kann allerdings auch ein Nachteil gesehen werden – in der Überbetonung von großen, vergleichsweise weniger intensiven Lehrveranstaltungen, welche sich besonders leicht „rentieren.“ Dass allerdings ein junger Mensch vor einem Studium über die Zukunftsperspektiven seines Wunschfaches reflektiert, muss kein Nachteil sein. Eine ernsthafte Güterabwägung zwischen Wunschfächern und Karrierevorstellungen sollte ebenfalls wichtiger Aspekt bei der Studienfachwahl sein – schließlich ist dies eine konsequenzenreiche Entscheidung.

Letztlich neigen wir dem Vorschlag der Heinrich-Böll-Stiftung⁵ zu. Dieses stellt zu einer Umlenkung (von vor allem vorhandenen Finanzmitteln) ein vier-säuliges Konzept vor. Dieses sieht eine Reform der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau vor, einen bundesweiten Fonds für Studiengutscheine, eine neu zu gründende Stiftung für gute und innovative Lehre sowie einen Fonds für ein Studentensalär nach dem BAFF-Modell. Über den Studiencredit-Fonds (gespeist aus umgewidmeten Landesmitteln, der zugleich noch einen Hochschulbildungskostenländerfinanzausgleich ermöglichen soll) und die Stiftung (finanziert aus umgewidmeten Bundesmitteln und zusätzlichen Einkünften) sollen weitere Mittel den Hochschulen zu Gute kommen und einen Teil der Lehrkosten tragen. Diese sind in diesem Modell der Finanzierungsersatz für mögliche Studiengebühren. Das rückzahlungspflichtige Studentensalär soll das BAföG ersetzen und ermöglicht in der Konzeption jungen Menschen eine elternunabhängige Studienfinanzierung. Allerdings: ein Student, der nach jetziger Lage BAföG bekommen würde, müsste bei dessen voller Inanspruchnahme und entsprechenden beruflichen Erfolg vorausgesetzt, nach diesem Modell deutlich mehr zurückzahlen. Die soziale Komponente besteht vor allem darin, dass er wenig bis nichts zurückzahlen müsste, wenn seine Beschäftigung nur wenig Ertrag erbringt⁶.

Dieses Modell bietet, das macht es so interessant, eine klare Trennung zwischen der Lebensunterhaltsfinanzierung von Studierenden (in der eigenständigen Verantwortung jedes einzelnen Studierenden unabhängig vom Elterneinkommen) und den Ausbildungskosten an den Hochschulen, für welche weiterhin der Staat verantwortlich bleibt. Über die Studiencredits könnte endlich auch ein sauberes Teilzeitstudium ermöglicht und der unnötig starre und inzwischen realitätsfremde Regelstudienzeitenmechanismus durchbrochen werden. Dieses

⁵ Hönigsberger und Kuckert: Studien- und Hochschulfinanzierung in der Wissensgesellschaft, 2004

⁶ Dies ist natürlich nur eine äußerst knappe Zusammenfassung – der komplette Vorschlag findet sich online unter: http://www.hochschuldebatten.de/text/Boell_Hochschulfinanzierung.pdf

Modell kann sowohl Bildungschancen gewährleisten als auch eine effektive Mittelverwendung ermöglichen, ohne dass dies zu einer spürbaren Angebotsverknappung für die Studierenden kommt.

Studierendenschaften

520 Studentische Beteiligung an der Hochschule ist unverzichtbar: Sowohl als Interessenvertretung gegenüber Hochschulgremien und Politik als auch zur Beratung und Unterstützung von Kommilitonen (z.B. durch Erstsemesterinformation.) Deswegen wollen wir diese weiter fördern. Denn die Aufgaben und die Verantwortung der Studierendenschaften sind auf die Hochschulen bezogen und bilden einen wichtigen Bestandteil derselben. Zudem sammeln aktive Studierende
525 so wertvolle Erfahrungen und können so die Verantwortung von Wissenschaft für die Gesellschaft auch öffentlich deutlich machen.

Dabei bewegt sich die moderne Studierendenschaft aus unserer Sicht in einem Widerspruch: die notwendige Interessenvertretung (deren Unabhängigkeit gesichert sein muss) und deren
530 Sicherung durch das vordemokratische Mittel der Zwangsverfassung. Einen möglichen Ausgleich dazu kann das momentan praktizierte Modell bieten, welches für Studierende eine Ausstiegsoption vorsieht. Dazu gehört auch, dass Land und Universitäten weiterhin für eine grundlegende Arbeitsfähigkeit sorgen.

Die zukünftigen Entwicklungen werden eine intensivere Mitarbeit der studentischen Vertreter (eher nach dem System der Allgemeinen Studierendenausschüsse denn dem jetzigen Räte-
535 System) erfordern – dies sollte durch entsprechende feste, professionalisierte Strukturen ermöglicht werden. Natürlich bergen ebendiese Strukturen auch die Gefahr der Verselbständigung bzw. der Verkrustung. Eine wirkliche Antwort auf dieses Problem haben wir nicht. Dennoch dürfte die relativ geringe Verweildauer von Studierenden an den Hochschulen hier eine gewisse Linderung bringen.

540 Möglichkeiten, die Studierendenschaften zu stärken, liegen neben einer stärkeren legislativen Verankerung in den Hochschulgremien (wobei wir in allen nicht-forschungsbezogenen Gremien grundsätzlich eine Drittelparität fordern) z.B. in der Verantwortlichkeit für die Evaluationen von Lehrveranstaltungen und Lehrpersonal.

WISSENSCHAFT & FORSCHUNG

545 Bisher wurde in diesem Papier viel Wert auf Verbesserungen im Bereich der Lehre gelegt – doch
die „andere Hälfte“ der Hochschulen wurde noch kaum beleuchtet. Dabei heißt es doch
„Forschung und Lehre“ – und wird von Seiten der Wissenschaftler zu Recht darauf hingewiesen,
dass eine gute Lehre nur aus dieser Kombination entstehen kann, aus neuem Wissen. Doch
auch diese – wieder nur für die Lehre instrumentalisierte Sicht – greift noch viel zu kurz. Denn
550 ohne Forschung keinen Fortschritt und kaum Veränderung.

Im Bereich der Lehre scheint die Differenz zwischen Fachhochschulen und Universitäten durch
den Bologna-Prozess zu verschwimmen – in wissenschaftlichen Kategorien jedoch bleibt er
deutlich. Simplifizierend ausgedrückt mit der universitären Grundlagenforschung und dem
fachhochschulischen Anwendungsbezug. Dennoch fragen wir uns, ob nicht auch hier eine
555 Erosion dieser Differenzen einsetzen wird – und ob dies negative Folgen haben würde.

Eine weitere Frage bleibt offen: Wie kann angesichts der zunehmenden Spezialisierung in den
Fachwissenschaften das universitäre Ideal der Interdisziplinarität umgesetzt werden?

Promotionsphase

560 Im Bologna-Prozess wird die Promotion in den offiziellen Dokumenten als dritte Phase des
Studiums definiert. Damit ergeben sich umfassende Implikationen für den Status, die
Arbeitsmöglichkeiten und die Finanzierung von Promotionen.

Denn es ist schon ein größerer Unterschied, ob in der Promotion die letzte Phase des Studiums
oder die erste Stufe der eigenständigen wissenschaftlichen Karriere gesehen wird. Dies beginnt
bei der Unabhängigkeit in der Arbeit, geht über die Arbeitsbedingungen und endet in der Frage
565 der Bezahlung. Ein Studierender muss sich irgendwie seinen Lebensunterhalt verdienen und
vielleicht noch Studiengebühren für das „Privileg“ der Promotion zahlen, während ein
Nachwuchswissenschaftler (in der Theorie) für seine Arbeit bezahlt wird. Auch hier gibt es in der
Realität Abstufungen oder andere Wege wie Stipendien. Wenn aber dieses Bundesland seine
Graduiertenförderung praktisch einstellt, dann können schon Befürchtungen wach werden,
570 dass nun auch noch komplett am wissenschaftlichen Nachwuchs gespart werden soll. Wobei
man sich allerdings auch keine Illusionen machen sollte: auch bisher waren und sind
Promovierende mit vielfachen anderen Aufgaben für ihre Stellen betraut und müssen meist
quasi nebenher promovieren. Aber eine somit offene Frage ist z.B. auch die nach dem Recht auf

575 eigene Lehrveranstaltungen: Dürfte ein Promotionsstudent auch, was jetzt einem promovierenden Nachwuchswissenschaftler als Recht und Pflicht zusteht?

Einen einzigen Vorteil könnte man mit einer querdenkerischen Frage darin sehen, ob mit der Promotion als drittem Teil des Studiums dann nicht auch endlich Fachhochschulen das Promotionsrecht bekommen können?

580 Ansonsten aber halten wir an der Promotion als erster Phase der wissenschaftlichen Tätigkeit – und nicht als Studium – fest. Hier gilt äußerst kritisch zu prüfen, welche verpflichtende Wirkung dieser Bestandteil des Bologna-Prozesse erlangen wird.

585 Auch zu hinterfragen wäre, ob es wirklich in jedem Fall Sinn macht, gleich nach dem Studium eine Promotion anzufangen oder nicht erst mal in anderen Bereichen Erfahrungen zu sammeln, oder sich der Familiengründung zu widmen. Somit stellt sich aus diesem Grund, insbesondere für Frauen, die Frage nach einem späteren Beginn an der Promotion.

590 Unabhängig von dieser Statusfrage sind die Verbesserung der Betreuung und die Unterstützung bei der Ausstattung von Promovierenden eine wichtige Forderung. Möglichkeiten dazu könnten Graduiertenzentren, Promotionskollegs oder Netzwerke zwischen universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen darstellen. So muss die Forschung durch neue Köpfe mit neuen Ideen und Herangehensweisen fachlich gestärkt werden. Hinzu fordern wir, dass zur Promotion – in welcher Form auch immer erfolgreich – Kurse/Lehreinheiten in Hochschuldidaktik verpflichtend zu absolvieren sind. Ohne einen entsprechenden erfolgreichen Nachweis sollte keine Promotionsurkunde mehr ausgegeben werden.

595 Nicht vergessen werden sollte auch, dass durch die sozialdemokratische Zwangsbeglückung per 12-Jahres-Frist diese Arbeitsphase zudem unter Druck gerät. Dies bringt besondere Nachteile für Promovierende mit Kindern, die ihren besonderen Zeitaufwand kaum angerechnet bekommen und somit fast zwangsläufig an dieser neuen Hürde scheitern.

600 Des Weiteren stellt sich die Frage, was auf die erfolgreiche Promotion folgt. Für viele Wissenschaftlicher wird wohl nach den jetzigen Rahmenbedingungen „nur“ eine Projektkarriere bleiben (denn die Zahl unbefristeter fester Stellen wird wohl eher weiter abnehmen), wenn sie weiter wissenschaftlich tätig sein wollen. Doch so geraten auch bald junge Wissenschaftler wieder an die 12-Jahres-Grenze und können diesen Weg, falls überhaupt, nur mit erhöhtem Aufwand weitergehen.

Forschungsförderung

605 Trotz aller Probleme der deutschen Hochschulausbildung wandern Jahr für Jahr viele
Nach Nachwuchswissenschaftler aus, weil sie – und das ist der zweite große Teil der Tragödie der
deutschen Hochschulen – hier keine beruflichen Perspektiven in Wissenschaft und Forschung
finden. Das ist ein gravierendes Zukunftsproblem für Deutschland. Die Zukunftspotentiale, die
Forschung und daraus resultierender Fortschritt ermöglichen, sollten wir im wohlverstandenen
610 Eigeninteresse selbst erforschen und kommerziell verwerten. Dazu braucht es neuer Ansätze
und Fragestellungen, aber auch der kritischen Reflexion.

Ihr Potential beweisen kann die universitäre Forschung vor allem in der engen Verzahnung und
Zusammenarbeit mit der regionalen Wirtschaft. Dadurch können sich wirtschaftliche Vorteile für
Universität, Unternehmen und Region ergeben. Über diese noch recht unmittelbare Kooperation
615 hinaus kann die Forschungsleistung der einzelnen Hochschulen über Graduiertenkollegs,
Research Schools oder Forschungsverbünde gesteigert werden.

Gute Forschung findet ihre Finanzierungsquellen außerhalb des Landes, wenn die
Grundausstattung der Hochschulen ausreichend vorhanden ist. Es darf nicht länger Ziel der
Hochschulpolitik sein, die notwendige Grundfinanzierung drastisch zu kürzen, um stattdessen
620 öffentlichkeitswirksam einige besondere Vorhaben zu finanzieren, wie es derzeit die Politik der
Landesregierung ist. Die finanziellen Mittel des Landes zur gezielten Forschungsförderung
müssen sehr begrenzt bleiben, einerseits weil insgesamt nicht sehr viel Mittel vorhanden sind,
andererseits weil sonst Projekte gefördert werden, die sich eigentlich aus anderen Quellen
finanzieren müßten. Es ist deshalb zu begrüßen, dass die bisherige Projektförderung nach dem
625 Gießkannenprinzip jetzt nicht mehr fortgeführt wird, da diese teilweise parallel zu anderen
Fördermöglichkeiten, etwa durch die DFG und Stiftungen, angeboten wurde. Genauso verfehlt
ist aber auch das jetzige Konzept der Landesregierung, die Förderung weitgehend auf nur sehr
wenige Schwerpunktthemen zu beschränken. Die Forschungsförderung aus Landesmitteln
muss zwei Ziele verfolgen. Die bereits etablierten Forschungsschwerpunkte des Landes, die
630 durch entsprechende Drittmittelfinanzierungen (z.B. Sonderforschungsbereiche,
Graduiertenkollegs) ausgewiesen sind, benötigen die für diese Tätigkeit notwendigen Grund-
und Ergänzungsmittel, die von Drittmittelgebern nicht bereitgestellt werden.

Das erste Ziel der Landesförderung muss es daher sein, in allen Förderarten, die auf einer
teilweisen Kofinanzierung des Landes beruhen, unabhängig vom Forschungsgebiet die
635 erforderlichen Mittel bereitzustellen. Darüberhinaus müssen diese Forschungsgebiete sich

weitgehend selbst tragen und dem nationalen und internationalen Wettbewerb stellen. Das Land darf nicht versuchen, steuernd einzugreifen oder gar Initiativen zu verhindern.

640 Zweites Ziel der Forschungsförderung des Landes muss es sein, mehr solcher drittmittelfinanzierten Forschungsschwerpunkte zu etablieren, d.h. die Förderung der 'Forschungsschwerpunkte der Zukunft'. Ein substanzieller Anteil der Förderung sollte als
645 Anschubfinanzierung auf Projektkonzepte konzentriert werden, die ein Potential für das künftige Einwerben von Forschungsmitteln erkennen lassen. Gerade bei interdisziplinären Ansätzen oder methodisch völlig neuen Vorgehensweisen ist es oft schwierig eine Förderung zu bekommen, wenn nicht schon Arbeitsergebnisse vorliegen, die die Tragfähigkeit der Herangehensweise erkennen lassen. Die Forschungsmittel des Landes sollten deshalb für diesen Zweck zeitlich auf drei bis fünf Jahre begrenzt gewährt werden und an eine Vereinbarung zur Beantragung der Weiterfinanzierung aus anderen Drittmittelquellen geknüpft sein.

650 Gestärkt werden muss auch die Zusammenarbeit der Hochschulen mit den nichtuniversitären Forschungseinrichtungen. Warum können sich diese z.B. nicht teilweise an der Lehre mit beteiligen?

Ebenfalls noch zu wenig wahrgenommen und in ihren Auswirkungen und Anforderungen politisch diskutiert wird die Notwendigkeit der länderübergreifenden Kooperation in
655 Forschungsclustern und -verbänden. Will die Landeshochschulpolitik nicht zusehens „verprovinzialisieren“ wird wohl genau dies die (ost-)deutsche Antwort auf die (inter-)nationale Konkurrenzsituation sein können, um attraktive Angebote und international ausstrahlende Forschung zu ermöglichen.

660 Es dürfte nicht völlig überraschen, dass wir den Status der Geisteswissenschaften nicht an deren vermeintlicher Rentabilität messen, sondern an den notwendigen Erkenntnissen dieser Wissenschaften für die Gesellschaft. Gerade in Zeiten der Globalisierung und potentieller Konflikte zwischen Kulturen sind sie unverzichtbar für das gegenseitige Wissen und Verständnis. Somit gehören sie für uns ebenso selbstverständlich zur universitären Landschaft wie die Wirtschaftswissenschaften und nicht zur Disposition gestellt.

665 Mehr Widerspruch werden wir sicher mit unserer Position erhalten, dass nicht alles, was erforschbar scheint, auch erforscht werden muss. Wir stehen hier für eine stark differenzierende Herangehensweise, z.B. in der „roten Gentechnik“ mit einer Präferenz der Forschung an adulten Stammzellen, anstelle von embryonalen. Zwar beschweren sich Forscher über die vielen

Restriktionen bei ihrer Arbeit in Deutschland, doch in diesen Fällen halten wir die möglichen Folgen für nicht abschätz- beherrschbar und treten deshalb für eine sehr vorsichtige Ausleuchtung der Grenzen menschlicher Erkenntnis in diesen Bereichen (v.a. Gentechnik und Reproduktionsmedizin) ein.

Frauen- & Minderheitenförderung

Wir glauben, dass Hochschulen als zentrale Stätten dieser Gesellschaft einen Auftrag über Forschung und Lehre hinaus haben. Die Förderung von in der Wissenschaft unterrepräsentierten Mitgliedern der Gesellschaft bzw. von Minderheiten sollte wie selbstverständlich dazugehören. In Ausschreibungstexten finden sich erfreulicherweise schon länger entsprechende Formulierungen – nur worin liegt deren Nutzen? Stellen Studentinnen noch etwas mehr als die Hälfte der gesamten Studierendenschaft, so finden sich nur gute 10 Prozent Professorinnen an unseren Hochschulen. Somit ist effektiv noch zu wenig erreicht. Dieser Zustand der Unterrepräsentation ist wenig befriedigend. Als Mittel zur gezielten Förderung könnte man neben dem „gender mainstreaming“ als Querschnittsaufgabe konkret an spezielle Stipendien, Quotenregelungen bis hin zur „affirmative action“ oder gesonderte Unterstützung in entsprechenden Studiengängen nachdenken. Auch besondere Förderung oder Boni im Rahmen von Zielvereinbarungen könnten an entsprechende Erfolgskriterien geknüpft werden.

Nicht zu vergessen, dass eine frauenfreundliche Hochschule ist auch eine familienfreundliche Hochschule sein muss. Für Studierende, die Kinder erziehen müssten auch Lehrveranstaltungen zu anderen als den Standardzeiten erreichbar sein, bzw. Alternativregelungen getroffen werden. Zudem sollte besondere Aufmerksamkeit auf flexible Möglichkeiten für junge Wissenschaftlerpaare mit Kindern wie Stellensplitting oder dual-career-Möglichkeiten gelegt werden. Ebenso wichtig ist die Beachtung von zeitlichen Nachteilen junger Eltern bei der Beurteilung von Karriereerfolgen im Rahmen von Stellenbesetzungen. Nicht zuletzt Eltern dürften von der Abschaffung der restriktiven Altersgrenzen für Qualifikationsphasen profitieren. Und was spricht gegen „Betriebskindergärten“ auch an Hochschulen – z.B. durch die Studentenwerke organisiert? Diese gibt es erfreulicherweise teilweise schon – ein Ausbau dürfte jedoch ein lohnendes Unterfangen sein.

Zudem wird darüber nachzudenken sein, wie der Wiedereinstieg an den Arbeitsplatz Hochschule nach einer Babypause für junge Eltern vereinfacht werden kann. Oder ob ein

700 völliger Bruch über intelligente Teilzeitregelungen vermieden werden könnte. Möglichkeiten dazu sind Wiedereinstiegsstipendien für Mütter oder die Einrichtung eines zentralen Pools an jeder Hochschule mit einigen Stellen, auf denen junge Mütter mit einer Viertelstelle beschäftigt werden. So könnte schon mit wenigen Vollstellen vielen Frauen geholfen werden, wissenschaftlich „am Ball“ zu bleiben.

705

705 HOCHSCHULSTEUERUNG – DIE AUTONOME HOCHSCHULE

Hochschulautonomie

710 Unser Leitbild für die Hochschulsteuerung der Zukunft ist die autonome Hochschule. Dabei muss der Grundsatz klar lauten: die Hochschulen verwalten ihre Angelegenheiten selbst. Ohne Kultusministerium. Dessen Einflussmöglichkeiten sollten sich mittelfristig allein auf Budget- und Zielvereinbarungsverhandlungen beschränken. Der Bildungspolitik verbleibt in diesem Leitbild die gesellschaftliche, demokratische Kontrolle über Grundlinien der Hochschul- und Wissenschaftspolitik.

715 Zur internen Umsetzung möchten wir die Hochschule selbst in die Lage versetzen. Wichtig ist uns dabei, dass die Auswahl des Leitungspersonals als auch das alltägliche Steuerungshandeln demokratisch und transparent erfolgt. Wir fordern eine professionalisierte, vom Senat zu wählende, Hochschulleitung. Dieser obliegt es, zusammen mit dem Senat, die den Universitäten zu übertragenden Rechte (Bauherrenschaft, Dienstherren- und Arbeitgeberfähigkeit, Berufungsverantwortung) verantwortungsvoll umzusetzen. Dies gilt respektive für die Fachbereiche und Fakultäten, deren Räte und Dekane.

720 Diese Stärkung der internen Leitung kann nur als Gegenstück zur weiteren Demokratisierung der anderen Hochschulgremien erfolgen. Deren Zusammensetzung sollte möglichst paritätisch erfolgen. Das Landeshochschulgesetz ist also in den entsprechenden Passagen dringend zu ändern. Eine quasi autoritäre Hochschulleitung ohne entsprechendes, kontrollierendes und mitbestimmendes, demokratisches Gegengewicht ist für uns nicht akzeptabel.

725 Ob allerdings im Prozess dieser Stärkung der Selbstverwaltung wirklich externe Gremien wie Hochschulräte oder Kuratorien notwendig sind, halten wir für fragwürdig. Insbesondere dann, wenn deren Zusammensetzung zu einem großen direkt oder indirekt doch wieder durch staatliche Institutionen erfolgen soll. Interessant könnten solche Modelle allerdings dann sein, wenn somit eine regionale Einbindung und Verankerung der Hochschulen erreicht werden könnte.

730

Personalstruktur & Wissenschaftstarifvertrag

Berufsaspekte wie die Vergütung, Leistungszulagen, Arbeitszeit etc. gehören in einen gesonderten Wissenschaftstarifvertrag außerhalb des BAT. In letzter Konsequenz sollte dieser auch von den Hochschulen (z.B. in Form einer Verhandlungsgemeinschaft) mit den

735 Tarifpartnern ausgehandelt werden. Allein dies verspricht, optimal auf die Besonderheiten von
Wissenschaft als Beruf eingehen zu können. Und dass Spannungsverhältnis zwischen dem
Wunsch nach Planbarkeit wissenschaftlicher Berufe und der Realität oft befristeter
Arbeitsverhältnisse abzufedern. Es fehlt auch noch immer eine Lösung zwischen dem Anspruch
„leistungsgerechter“ Besoldung und der aktuellen Unmöglichkeit, mangels verfügbarer
740 Finanzen auch eine differenzierte Gehaltsstruktur umsetzen zu können.

Die Befristungsregeln des Hochschulrahmengesetzes gehören schnellstmöglich abgeschafft.
Sie kommen in ihren Wirkungen staatlichen forcierten Berufsverboten gleich. Sicherlich gibt es
sozial besser abgesicherte Berufe als den in der Wissenschaft. Wer sich aber dennoch dafür
entscheidet, ist sich in der Regel des Risikos bewusst und nimmt dies ob der Möglichkeiten in
745 Kauf. Was moderne Wissenschaftler aber bestimmt nicht mehr brauchen ist ein
paternalistischer Staat, der ihnen derartig massiv in die Lebensplanung eingreift. Ebenfalls auf
dem Wege des Wissenschaftstarifvertrags sollte das Ende der Verbeamtung erreicht werden.
Diese erscheint nicht mehr notwendig, eine Arbeitsplatzgarantie aber kann ein attraktiver
Bestandteil von Berufungsverhandlungen sein. Ebenso ist an Regelungen für studentische
750 Mitarbeiter zu denken.

Die Schaffung von Juniorprofessoren als Qualifizierungsweg für die Vollprofessoren begrüßen wir
– verbunden mit der Forderung nach der vollständigen Abschaffung der Habilitation und der
Ermöglichung von „tenure tracks“. Wissenschaft als Beruf muss auch unterhalb der
Professorenebene attraktiv bleiben. Darüber hinaus wird darüber nachzudenken sein,
755 Berufserfahrung außerhalb der Hochschulen als wichtige eigenständige Qualifikation für eine
Lehrtätigkeit anzuerkennen. Es könnte den Hochschulen gut tun, wenn ein Teil des
Lehrpersonals in anderen Bereichen der Gesellschaft Erfahrungen gesammelt hat – dies gilt
nicht nur für die Fachhochschulen.

Wir stellen uns übrigens angesichts der vielfältigen Anforderungen an moderne Wissenschaftler
760 die Frage, ob nicht auch in der Arbeits- und Aufgabenverteilung flexiblere Lösungen möglich
sind. Wie z.B. die Anspargung eines weiteren Forschungsfreiemesters durch intensivere
Lehrtätigkeiten in den Semestern davor und danach. Welche durch neue Forschungsergebnisse
davon profitieren könnten. Ganz zu schweigen von einer möglichen Entlastung durch
Konzentration auf jeweils einen Bereich, statt dem aufreibenden Versuch, alles in jedem
765 Semester unter einen Hut bekommen zu müssen.

Oder – gerade für die Lehre im Bachelor-Studium – eine personelle Stärkung des Mittelbaus.
Das BA/MA-System wird mindestens auf der BA-Ebene, wenn man es gut machen will, eine

verstärkte Betreuung der Studierenden und kleinere Gruppengrößen erforderlich machen. Warum dafür nicht auch Personen einsetzen, die weniger Forscher sind, sondern eher Hochschullehrer? Die Idee ist gewiss nicht neu – schlecht ist sie deswegen aber trotzdem nicht.

Zu einem modernen Dienstrecht gehört allerdings verbindlich auch die regelmäßige Leistungsevaluation und hochschuldidaktische Weiterbildung. Letztlich müssen unzureichende Leistungen auch zu Konsequenzen führen können.

Es wurde bereits angedeutet: die vielfältigen Aufgaben, die Hochschulen heute schon zu bewältigen haben, und erst recht all die zusätzlichen Aufgaben, die wir Politiker gerne noch erledigt sehen würden, sind nur mit einem deutlichen Personalzuwachs zu realisieren. Daran führt kein Weg vorbei.

Finanzierung

Der allergrößte Teil der Finanzierung der Hochschulen muss weiterhin staatliche Aufgabe sein – realisiert über verschiedene Instrumente wie Studiencredits, die teilweise auf die Studiennachfrage reagieren und bestandssichernde Grundzuweisungen.

Möglichkeiten für Spielräume zur Erweiterung der Bildungsausgaben sind Subventionsstreichungen wie die der Eigenheimzulage oder der Entfernungspauschale. Hinzu kommen viele kleine Steuerschlupflöcher, die zu schließen sich insgesamt lohnen würde. Auch über eine Reform der Erbschaftssteuer kann man nachdenken. Hinzu kommt, dass die Politik die Möglichkeit hätte, auf unsinnige Prestige- oder Industrieprojekte, wie z.B. die Schiffbarmachung von Elbe und Saale für Großcontainerschiffe, zu verzichten und das gesparte Geld in die Bildungsausgaben zu investieren. Dies ist ein ehrgeiziges Ziel, aber ohne einen solchen substanziellen Bewusstseinswandel erscheint ein Umsteuern in der Bildungspolitik nicht realisierbar. Wobei klar sein dürfte, dass dies kein schneller Prozess ist.

Unerlässlich wird auch ein Ausgleich der Ausbildungskosten zwischen den Bundesländern sein. Auch hier wären die vorgeschlagenen Studiencredits ein denkbares Mittel.

Über die direkte staatliche Finanzierung hinaus ergeben sich jedoch andere Einnahmemöglichkeiten für die Hochschulen. Verständlich, dass auf Seiten der Wissenschaft Skepsis bleiben wird, ob die Finanzminister angesichts dieser Möglichkeiten, so sie denn Einnahmen generieren, nicht früher oder später doch Kürzungen der staatlichen Zuschüsse fordern werden. Das einzige Gegenmittel ist auch da nur die notwendige Einsicht in die Bedeutung von Wissenschaft und Bildung.

800 Diese staatlichen Mittel müssen den Hochschulen als Globalbudget zur eigenständigen Verwaltung zur Verfügung gestellt werden. Darin sind Mittel für Tarifsteigerungen vorzusehen – mindestens bis zur vollen Hoheit der Hochschulen über ihre Tarifverträge.

An erster Stelle steht natürlich das bereits praktizierte Einwerben von Drittmitteln – sowohl für die Forschung aus verschiedensten Quellen, vielleicht auch bald für die Lehre über die Stiftung gute Lehre?

805 Die kommerzielle Verwertung der Forschungsergebnisse sollten ein wichtiges Standbein einer jeder Hochschule werden. Warum sollten nicht Patentlizenzen zu einem regelmäßigen Einnahmenbestandteil werden? Wenn die forschenden Wissenschaftler dafür keine Zeit oder kein Interesse haben, so könnte eine eigene Abteilung die Verwertung des Wissens einer Hochschule übernehmen. Auch über kommerzielle Auftragsforschung wird intensiv
810 nachzudenken sein. Das Thema Weiterbildung als Einnahmenquelle wurde bereits angesprochen. Auch kann Fundraising, perspektivisch vor allem bei ehemaligen Absolventen, weitere Einnahmen bringen. Wenn auch eher erst mittel- bis langfristig.

815 Deutlich unterrepräsentiert in Deutschland ist noch privates Mäzenatentum und eine Stiftungskultur mit Verantwortungsübernahme durch Unternehmen. Dieser Bereich wird ebenfalls intensiv entwickelt werden müssen.

Ökologische Verantwortung

820 Hochschulen sind nicht nur wissenschaftliche und wirtschaftliche Infrastruktur, sondern auch technische. Sie verursachen Verkehre, belegen Flächen verbrauchen Strom und Energie. Einer Partei, die ihre Wurzeln in der Ökologiebewegung hat, ist ein sparsamer Ressourceneinsatz eine wichtige Forderung. Gerade Hochschulen als sehr große öffentliche Einrichtungen haben hier Beispielcharakter und sollten mit gutem Beispiel vorausgehen (z.B. durch Umrüstungen auf Erdwärme oder Photovoltaik)– zumal sich dies in den zu erwartenden Zeiten teurer werdender Rohstoffe und höhere Energiepreis auch finanziell lohnen dürfte.

POLITISCHE ZIELSETZUNGEN

825 **Bundeshoheit oder Föderalismus?**

Spätestens der Streit um die Spitzenforschungsförderungsinitiative der Bundesregierung (und deren vorläufiges Scheitern an anderweitigen Länderinteressen) sowie das Unterliegen des Bundes im verfassungsgerichtlichen Streit um ein Studiengebührenverbot haben absolut deutlich gemacht, dass in der deutschen Kleinstaaterei ein entscheidender Hinderungsgrund für
830 bildungspolitische Fortschritte liegt. Dieser muss dringend aufgelöst werden. Deutschland bedarf weiterhin in zentralen Bereichen einheitlicher Regelungen, z.B. in den Fragen der Studienabschlüsse oder des Dienst- und Arbeitsrechts.

Die Frage, ob dies über eine stärkere Bundeskompetenz im Bildungsbereich (was verlockend scheint und der Europäisierung wohl angemessener, aber leider wohl kaum realistisch ist) oder
835 eine stärker verpflichtende Zusammenarbeit der Länder (ob per KMK oder über Länderstaatsverträge) erfolgt, darf dabei nicht länger dieses Ziel blockieren. Bei einer reinen Länderzuständigkeit sehen wir jedoch die Gefahr, dass sich die Unterschiede in der Finanzkraft massiv negativ auf die Bildungsmöglichkeiten in einzelnen Ländern auswirken. Eine bundeseinheitliche Lösung ist nicht zuletzt auch aufgrund der Studienfinanzierungsfrage
840 notwendig – damit nicht am Ende die Bundesländer versuchen, ihre Bildungsausgaben durch die Einführung von Studiengebühren zu minimieren, welche sie sich dann vom Bund über das BAföG mitfinanzieren lassen.

Es ist davon auszugehen, dass auf längere Sicht ein neben-, gegen- und miteinander dieser unterschiedlichen politischen Steuerungsebenen erhalten bleiben wird. Dies wird politisches
845 Umsteuern in der Bildungspolitik nicht einfacher machen.

Ein wichtiger Aspekt davon wird der Hochschulbau bleiben. Es gibt gute Begründungen für die Befürchtungen, dass dieser erlahmt, wenn sich der Bund aus der Kofinanzierung zurückzieht. Ebenso gute Argumente sprechen jedoch genau dafür, den Bund die überregionalen Forschungszentren und strukturschwache Gebiete finanzieren zu lassen, die restliche
850 Verantwortung jedoch wieder den Ländern zu übergeben.

Grundlagen autonomer Hochschulen

Für uns ist das im vorigen Kapitel geschilderte Leitbild der autonomen Hochschule eine wichtige Forderung. Dennoch ist es mehr als nur verständlich, wenn dies auf Skepsis trifft. In der

Vergangenheit wurden von der Politik nur zu oft progressive Instrumente „genutzt“, um damit
855 nur die jeweils neuesten Kürzungsrunden zu kaschieren. Kaum ein Hochschulvertrag, kaum eine
Zielvereinbarung war das Papier wert. Damit hat die Politik eine schwer Hypothek auf sich
genommen. Wie lange wird es dauern, bis sie in der Wissenschaftspolitik wieder als
glaubwürdig wahrgenommen wird?

860 Was nutzt ein Globalhaushalt, wenn das Budget vorne und hinten nicht reicht? Wenn sich die
Politik nur aus der misslichen Lage zurückzieht, den Mangel selbst verwalten zu müssen –
sondern diese undankbare Aufgabe an die Hochschulen delegiert. Sich selbst aber dennoch alle
Hintertüren offen hält, um gegebenenfalls dennoch in die Arbeit der Hochschulen
hineinregieren zu können?

865 Welcher Politiker hätte ernsthaft den Mut und den politischen Rückhalt mit der Autonomie von
Hochschule ernst zu machen? Ihnen wirklich die Berufung ihres Personals oder die
Ausgestaltung ihrer Studiengänge zu überlassen? Und sich auf eine recht allgemeine
„Steuerung“ mittels Zielvereinbarungen, die Sicherung der Finanzmittel und die Rechtsaufsicht
zu beschränken? In diesem Denkmodell wäre der funktionale Kernbereich der Hochschulen
ihrem Zugriff entzogen. Ist dies im Deutschland des beginnenden 21. Jahrhunderts schon
870 möglich?

Und dennoch – allem Pessimismus und aller Skepsis zum Trotz: Ein weiter so oder ein
rückwärtsgewandter Romantizismus kann keine Lösung sein. Zu viel hängt für unsere
Gesellschaft davon ab, dass wir eine hinreichende qualitative und quantitative Verbesserung
unseres Hochschulwesens erlangen können.

875 Zu allem Überfluss kommt das besondere Politikverflechtungsproblem des deutschen
Föderalismus hinzu. Vieles sind bundeseinheitliche Regelungen, die nur über Bundestag,
Bundesrat, die KMK oder Länderstaatsverträge zu ändern sind. Dies macht es, sehr
euphemistisch formuliert, nicht gerade einfacher. Deswegen halten wir, entgegen allen
berechtigten Einwänden und Zweifeln, an diesem Ziel fest.

880 **Demographie & Studierenden-Quote**

Wir haben es bereits erwähnt, eine unserer zentralen Forderungen in der Wissenschaftspolitik
ist die deutliche Ausweitung der Studierendenquote. 40 % der jetzigen Abiturienten in diesem
Bundesland studieren nicht – da ist also noch eine ganze Menge Potential. Dies wird für einige
Jahre noch eine Ausweitung in absoluten Zahlen bedeuten und dann ab 2015/2020 dafür

885 sorgen, dass ein Grundbestand der Hochschulen gesichert wird. Dies ist also neben der
individuellen Bedeutung für jene, die so eine Chance erhalten, die erste Antwort auf das
anstehende Demographieproblem. Eine zweite wird das „lebenslanges Lernen“ sein, eine dritte
die Weiterbildung. Zudem bestehen Möglichkeiten, in anderen (Bundes-)Ländern um
zusätzliche Studierende zu werben. Und man muss auch das Seniorenstudium nicht prohibitiv
890 gestalten. Was jedoch nicht zielführend ist, ist einfach nur von Prognosen im eigenen Land
auszugehen und aufgrund derer die Hochschulen zu ruinieren.

Forderungen nach einem finanziellen Sonderprogramm für den doppelten Abiturientenjahrgang
2007 unterstützen wir nachdrücklich. Diese besondere Herausforderung aufgrund
aktionistischer Bildungspolitik darf nicht dazu führen, die Hochschulen noch enger
895 einzuschließen und tausende junge Menschen zum Verlassen des Landes zu drängen.

Standortpolitik

Praktisch alle Studien zu dieser Fragestellung zeigen, dass Hochschulen über ihren
wissenschaftlichen Output hinaus eine wichtige wirtschaftliche und regionalpolitische Funktion
haben. Sie sorgen für die Belebung einer Stadt oder Region, kurbeln die regionale Wirtschaft an
900 (sie sind dafür sogar der effektivste Weg) und können die Funktion eines „Menschenmagneten“
ausfüllen, welcher junge, gut ausgebildete Leute in der Region hält. Fast nichts braucht
Sachsen-Anhalt dringender. Allein schon aus all diesen peripheren Gründen heraus brauchen
wir einen Ausbau aller Hochschulstandorte im Land.

Der nächste Grund ist die bereits mehrfach angesprochene notwendige Hochschulausbildung
905 für möglichst viele junge Menschen. Auch damit verbinden wir Hoffnungen auf einen zarten
Aufschwung in diesem Land. Wenn auch nicht mehr unbedingt in diesem Jahrzehnt. Dazu
brauchen wir auch eine Öffnung der Hochschulen zu ihrem regionalen Umfeld, etwa im Rahmen
von Regionalkonzepten.

Und welche Perspektive sollte unser Land ohne die Forschungskapazität dieser Einrichtungen
910 haben? Wenn es aber der Politik nicht bald gelingen wird, diese Forschungsstandorte
entscheidend für den zunehmenden (inter-)nationalen Wettbewerb zu stärken, wird viel
Potential verloren gehen. Die evidenten Folgen der letzten Kürzungsrunden zeigen die akute
Gefahr.

Allerdings ist in diesem Zusammenhang vor dem Hintergrund einem möglichst effektiven
915 Mitteleinsatz darüber nachzudenken, ob es Sinn macht, das doppelte Fächerangebot zweier

Volluniversitäten im Lande zu finanzieren. Oder macht es nicht möglicherweise Sinn, eine Universität mit einem geistes- und sozialwissenschaftlichem und eine mit einem naturwissenschaftlichen Schwerpunkt im Land zu haben? Wir wissen es nicht – aber in dieser Frage legen wir uns auch kein Denkverbot auf. Und warum sollten sich Universitäten nicht auch mit anderen Stärken als der Forschung profilieren? Möglicherweise kann auch eine sehr gute Grundlagenausbildung im Bachelor ein werbemächtiges Angebot sein?

Zulassungsrecht

Diese Frage behandeln wir bewusst in diesem Kapitel. Rechtliche Grundlage für die Studienaufnahme ist für uns zurzeit die Hochschulreife. Darüber hinaus möchten wir gerne den Kreis der Berechtigten für andere Bildungskarrieren ausweiten. Aufnahmeprüfungen oder die Gewährung eines Auswahlrechts sind nur als vorübergehende Maßnahmen in Zeiten des Studienplatzmangels hinzunehmen.

Eine Auswahl für den Forschungsnachwuchs wird und soll unserer Meinung nach über die Ergebnisse der Master-Studiengänge und die Nachwuchspolitik der Universitäten erfolgen – nicht durch die Selektion der Studienanfänger.

Halbwegs passabel finanzierte Hochschulen werden Mittel und Wege finden, gute Wissenschaftler auszubilden und relevante Forschung zu betreiben. Es ist frustrierend die Breite nicht ausfinanzieren zu wollen, aber über Elitenförderung zu reden.

Datenschutz & Informationstechnologie

Das Versprechen der effizienteren und schnelleren Verwaltung oder die Notwendigkeit der Abrechnung von Anwesenheiten für das ECTS-System bringen die wichtige Verpflichtung des Schutzes von sensiblen persönlichen Daten mit sich. Hinzu kommt ein effektives Datenschutzmanagement, z.B. in Bezug auf Logdateien der Universitätsnetze. All die neuen technischen Möglichkeiten hinterlassen Datenspuren. Am besten wäre, diese gar nicht erst zu speichern. Die zweitbeste ist, sie je nach Relevanz schnellstmöglich zu löschen. Ebenso wichtig ist die Vermeidung der Erhebung unnötiger Daten, wie z.B. die Anwesenheitszeiten in Universitätsgebäuden – mit kontaktlosen Studentenausweisen kein Ding der Unmöglichkeit.

Der „gläserne“ Student oder Mitarbeiter ist kein wünschenswerter Zustand der Zukunft.

945 **Bibliotheken**

Auch deren momentane Misere krankt vor allem am fehlenden Geld – dabei ist dies ein besonders gravierender Nachteil. Wissenschaft basiert auf dem Austausch von Wissen. Daher ist es unerlässlich hier für Besserung zu sorgen. Im zweiten Schnitt sollten die Arbeitsmöglichkeiten in und die Öffnungszeiten der Bibliotheken verbessert werden.

950 **Wem gehört das Wissen?**

Wir leben gewissermaßen in einer paradoxen Zeit: es wird immer mehr Wissen produziert und publiziert. Aber der Zugang dazu wird aus kommerziellen Interessen heraus immer stärker eingeschränkt. Dieses eigennützige Verhalten von einigen wenigen Wissenschaftsverlagen bedroht nicht weniger als das Fundament von Wissenschaft und der Wissensgesellschaft.

955 Es ist jedenfalls hinreichend absurd, dass mit staatlichen Mitteln Forschungsergebnisse produziert werden, diese dann kostenlos privaten Wissenschaftsverlagen zur Publikation überlassen werden und für viel Geld von eben diesem Staat in Form von Zeitschriften oder Monographien zurückkauft werden müssen. Dies kann kein zukunftsträchtiges Modell des 21. Jahrhunderts mehr sein.

960 Mit staatlichen Mitteln erforshtes Wissen muss kostenfrei der Allgemeinheit zur Verfügung stehen – spätestens nach einer gewissen, möglichst kurzen, kommerziellen Auswertungsfrist. Die technischen Möglichkeiten dafür sind heutzutage mit dem Internet gegeben. Mit der Sortierung, Ordnung und Aufbereitung dieser Mengen kommen ganz neue Aufgaben auf die Bibliotheken zu.

965 Deswegen unterstützen wir insbesondere Open-Content-Lizenzen und Open-Access-Initiativen und ähnliche Ansätze.